



ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Hagen
Fraktion Die Linke im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Vorschlag der Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen und Die Linke.
hier: Beitritt der Stadt Hagen zum Bündnis "Städte Sicherer Häfen"

Beratungsfolge:

13.02.2020 Rat der Stadt Hagen

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt folgende Erklärung:

1. Der Rat der Stadt Hagen unterstützt wie zahlreiche andere Städte die Initiative „Seebrücke – Schafft sichere Häfen“, erklärt sich offiziell zum sicheren Hafen für geflüchtete Menschen und tritt dem Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ bei.
2. Der Rat stellt fest, dass die Stadt Hagen bereit ist, geflüchtete Menschen zusätzlich aufzunehmen, die sich in katastrophalen und inhumanen Zuständen in Auffanglagern befinden. Das betrifft insbesondere Frauen und unbegleitete minderjährige Kinder und Jugendliche.
3. Die Bundesregierung und der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat werden aufgefordert, die Angebote der Kommunen für direkte Aufnahme von Flüchtlingen endlich anzunehmen und entsprechende finanzielle und organisatorische Unterstützung zur Verfügung zu stellen.
4. Der Oberbürgermeister wird die Bereitschaft der Stadt Hagen zur Aufnahme von zusätzlichen Flüchtlingen der Bundesregierung mitteilen und anbieten. Der Oberbürgermeister wird dabei gegenüber der Bundes- und Landesregierung klarstellen, dass diese Bereitschaft mit der Erwartung verbunden ist, endlich für eine transparente und gerechte Verteilung aller Geflüchteter auf die Kommunen sowie deren auskömmliche



finanzielle und organisatorische Unterstützung, die für kommunale Aufnahme und erfolgreiche Integration notwendig ist, Sorge zu tragen.

5. Der Rat appelliert an die Bundes- und Landesregierung, sich zusätzlich zu diesem dringend erforderlichen humanitärer Akt der Flüchtlingsaufnahme verstärkt für die Bekämpfung von Fluchtursachen, für sichere Fluchtwege und für eine humane europäische Flüchtlingspolitik einzusetzen sowie der Kriminalisierung von Seenotretter* innen entgegenzutreten.

Kurzfassung

entfällt

Begründung

siehe Anlage

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

sind nicht betroffen